

SPD und Grünen bieten in vielen praktischen Fragen, vor allem in der europäischen Sozial-, Umwelt-, Verbraucherschutz-, Asyl- und Menschenrechtspolitik, durchaus einen großen Vorrat an Gemeinsamkeiten mit entsprechenden Forderungen der Linkspartei. So tritt die Sozialdemokratie ausdrücklich für einen Richtungswechsel ein und definiert als ihr Leitbild »ein starkes und soziales Europa«. Wenn sie anschließend jedoch feststellt: »Konservative und Liberale setzen auf ein Europa des Marktes. Wettbewerb und Liberalisierung sollen Vorrang vor politischer Gestaltung und sozialer Gerechtigkeit haben«, dann muss schon die Frage gestattet sein, wer, wenn nicht in Deutschland Rot-Grün, hatte denn die Verantwortung für den Lissabonprozess, der genau diesen Vorrang des Wettbewerbs (und zwar nicht eines Unternehmens-, sondern staatlichen Standortwettbewerbs) mit all seinen unsozialen Deregulierungs- und »Flexibilisierungs«schritten und den 40 Maßnahmen der EU-Kommission zur Deregulierung des europäischen Finanzmarktes bedeutete?! Und haben nicht SPD und Grüne die verfassungsrechtliche Festschreibung dieser Politik im

Verfassungs- wie im Lissabonvertrag in Kauf genommen?! Im darauf folgenden Satz attackiert die SPD die »Linkspopulisten in Deutschland«.

Die programmatische Orientierung der SPD auf ein soziales Europa ist begrüßenswert, sie bleibt selbst jedoch Populismus, reine Taktik oder ungesichert, solange es seitens der SPD (wie im übrigen der Grünen) faktisch keinerlei kritische Auseinandersetzung mit den bisherigen Positionen und der bisherigen europapolitischen Praxis und keine transparente Darstellung der Gründe für die so substantziellen Veränderungen gibt.

Wenn die sozialdemokratische Europapolitik von realistischen und realisierbaren Schritten zu einer europäischen Sozialunion (die die verschiedenen europäischen Sozialstaatsmodelle ergänzte, absicherte und förderte) bzw. zu einem »sozialen Europa« und dem dafür erforderlichen politischen Engagement tatsächlich bestimmt, und die Linkspartei ihre Renationalisierungsvorstellungen überwinden würde, sollte die Europapolitik jedenfalls kein unüberwindbares Hindernis für eine bundespolitische Zusammenarbeit sein.

Rebecca Harms

Grünes Licht für Europa

Europäisches Parlament ist treibende Kraft der Europadebatte

In der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause hielt der Präsident der EU-Kommission, José Manuel Barroso, eine »Ansprache zur Lage der Union« im Europäischen Parlament in Straßburg. Seiner Ansprache zu folgen war ein Erlebnis. Nicht nur deshalb, weil zum aller ersten Mal ein Präsident der EU-Kommission eine solche Grundsatzrede vor dem Parlament hielt, sondern vor allem, weil dieser Rede Mut fehlte.



Rebecca Harms

(*1956) ist Mitglied des Parteirats von Bündnis 90/Die Grünen. Seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments und seit 2009 Fraktionsvorsitzende der Grünen/EFA im Europäischen Parlament.

rebecca.harms@europarl.europa.eu

Barroso wagte nicht, eine wirkliche Bestandsaufnahme zu machen. Er wagte

nicht darüber zu sprechen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Politik der EU in wachsendem Umfang die Zustimmung verweigern. Seine Vorschläge für einen zukünftigen Weg aus dieser Situation waren logischerweise ebenfalls schwach.

Mein Fazit: Das Parlament kann sich weder auf das Personal an der Spitze der Kommission, noch auf den Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, oder die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, verlassen. Beide versäumten die Debatte bewusst. Die Institution, die in den nächsten Monaten die treibende Kraft der Europadebatte sein und mehr europäische Identifikation erreichen kann, ist das Europäische Parlament. Nicht nur deshalb, weil es die Institution ist, die mit ihren gewählten Abgeordneten den Bürgerinnen und Bürgern direkt verantwortlich ist, sondern auch, weil es die Aufgabe besser erfüllen kann.

Aus der Krise um Finanzen, Wirtschaft, Armut und Klima führt nur mehr gemeinsame Politik und nicht mehr zwischenstaatliches oder konkurrierendes nationales Handeln.

Innerfraktionell haben wir das gemeinsame Handeln schon umgesetzt. Wir sind keine lose Ansammlung nationaler Interessenvertreter. Wir wollen Europa gemeinsam verändern. Deshalb haben wir uns in der Europäischen Grünen Partei mit 36 Grünen Parteien aus 33 Ländern Europas zusammengeschlossen. Als erste politische Bewegung haben wir bereits 2004 in einer europaweit gemeinsamen Kampagne für unsere Politik geworben und konnten 2009 an diese guten Erfahrungen anknüpfen.

Eine intensive Debatte über unsere europäischen Positionen innerhalb der Europäischen Grünen Partei mündete in ein gemeinsames Wahlmanifest unter dem Titel *A Green New Deal for Europe* (<http://europeangreens.eu/menu/egp-manifesto/>). Im Kern sagt es aus, dass die Grünen im Europäischen Parlament ein ökologisches, so-

ziales, demokratisches und friedliches Europa stärken wollen. Wir kämpfen für eine Europäische Union, die Klima und Umwelt schützt und für eine sichere Energieversorgung sorgt, die zu sicheren Arbeitsplätzen und sozialer Gerechtigkeit für Frauen und Männer beiträgt.

Wir wollen einen Grünen New Deal, der Finanz-, Klima- und Armutskrise mit einem ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft beantwortet und eine Europäische Union, die ihrer internationalen Verantwortung gerecht wird, die konsequent Leben von Flüchtlingen rettet und Wege legaler Zuwanderung schafft. Und wir setzen uns für eine EU ein, die sich um den Schutz der Bürgerrechte und den Datenschutz kümmert, die die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärkt und eine Union, die wirklich demokratisch, transparent und bürgernah ist.

Interfraktionell schließen wir Bündnisse mit anderen Fraktionen, um unsere Ziele zu verwirklichen. Da das Europäische Parlament keine Regierung stellt, ist dieses Parlament nicht wie der Bundestag in Deutschland geprägt vom Gegensatz zwischen Regierung und Opposition. Bündnisse werden hier sehr viel stärker entlang von Themen geschlossen und können sich dementsprechend schnell ändern.

SWIFT-Abkommen als Nagelprobe

Es ist nicht immer offensichtlich mit welcher anderen Fraktion die Grünen zusammenarbeiten können, denn häufig liegen Wort und Tat weit auseinander. Dies zeigte sich erst kürzlich in der Diskussion um die Zustimmung zum so genannten SWIFT-Abkommen, dem Abkommen zur Weitergabe von Bankdaten von EU-Bürgern an die USA.

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat das Europäische Parlament an Kompetenzen hinzugewonnen. In vielen Politikfeldern benötigen die Europäische

Kommission und der Europäische Rat nun die Zustimmung der 736 Abgeordneten. Dazu gehört auch die Zustimmung zu internationalen Abkommen, wie dem SWIFT-Abkommen. Leider wurde die Aushandlung dieses internationalen Abkommens nicht nur ein Paradebeispiel für die neue, stärkere Position des Europäischen Parlaments im Kräftedreieck der europäischen Institutionen, sondern auch zu einem Lehrstück über fragile interfraktionelle Bündnisse im Europäischen Parlament.

Zunächst sah es so aus, als würde das Parlament die neu hinzugewonnenen Möglichkeiten dazu nutzen, die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürgern in Europa zu verteidigen, als es dem bereits unterschriebenen Abkommen die Zustimmung verweigerte. Die Bündnisse zwischen den Gegnern des Abkommens wirkten recht stabil, das Parlament wollte offensichtlich die Möglichkeit nutzen, um sein Profil zu schärfen und den Bürgerinnen und Bürgern zu beweisen, dass es sich für sie einsetzt.

Dass die Fraktionen der Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen im Europäischen Parlament dann nach monatelangen Nachverhandlungen des Abkommens – die zu keinen nennenswerten Verbesserungen führten – im Juli 2010 eine Kehrtwende machten und dem SWIFT-Abkommen in einer leicht veränderten Version zugestimmt haben, halten die Grünen für tollkühn, vermessen und für das Europäische Parlament kontraproduktiv. Die Fraktionsvorsitzenden der Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen haben dies ohne Konsultation der fachlich zuständigen Berichterstatter und Ausschüsse des Parlamentes beschlossen. Da es sich bei der Datenweitergabe und den geplanten Maßnahmen um sensible Eingriffe in die Grundrechte unbescholtener und unverdächtigter Bürgerinnen und Bürger handelt, ist die Zustimmung zum SWIFT-Abkommen äußerst bedenklich. Das Parlament bzw. die Spitzen der Fraktionen waren aber nicht

stark genug, um sich dem Druck aus dem Rat und den Mutterparteien zu verweigern. Die Grünen haben nicht zugestimmt und sind überzeugt: Das Europaparlament hätte weiter verhandeln müssen.

Dass das Parlament dies nicht getan hat, ist umso enttäuschender, wenn man die Entwicklung der Debatte um das SWIFT-Abkommen betrachtet. Noch vor wenigen Monaten, als die Ratsentscheidung einen Tag vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon getroffen wurde, hat es nur weni-

ge interessiert, dass die Grünen das SWIFT-Abkommen für hoch problematisch für den EU-Datenschutz hielten. Als deutlich zu erkennen war, dass offensichtlich eine Mehrheit im Parlament nicht mit dem SWIFT-Abkommen zufrieden war, dass generelle Datenschutzprinzipien aus dem EU-Recht nicht beachtet wurden und dass das Europaparlament das Abkommen dann im Februar tatsächlich ablehnen würde, begannen sich viele Abgeordnete für Datenschutz und Bürgerrechte zu interessieren und sich dafür in den Medien auszusprechen. Das war ein großer Erfolg. Schade nur, dass dieses plötzlich aufflammende Engagement dann so abrupt wieder erloschen ist.

Daran, dass das leicht veränderte Abkommen nun den EU-Datenschutzstandards und dem EU-Recht genügt, kann es jedenfalls nicht gelegen haben. Statt einen Meilenstein für einen substanziiell höheren Grundrechtsschutz auf internationaler Ebene zu setzen, senkte das EU-Parlament mit seiner Zustimmung das EU-Rechtsniveau sogar ab. Unsere Kritikpunkte, die auch das Parlament in seiner Resolution vom Mai 2010 sehr deutlich gemacht hat, wurden nicht beseitigt.

Dieses Beispiel zeigt, wie schnell im Europäischen Parlament überparteiliche Bündnisse brüchig werden können. Parteipolitik spielt auch auf europäischer Ebene eine entscheidende Rolle. In der vergangenen Legislaturperiode haben die beiden Fraktionen aus EVP-ED und PSE, die zusammen 500 der 785 Abgeordneten stellen, quasi als »Große Koalition« häufig unter Ausschaltung der kleineren Fraktionen Kompromisse untereinander ausgehandelt. Die Grünen finden nicht, dass sie dabei ihrer Verantwortung gerecht geworden sind.

Zusammenarbeit mit anderen Parteien

Obwohl es schwierig ist, im Europäischen Parlament dauerhafte Bündnisse zu schlie-

ßen, kann man grob kategorisieren in welchen Fragen eine gute Zusammenarbeit der Grünen mit anderen Fraktionen tendenziell möglich ist.

In sozialen Fragen haben wir beispielsweise große Schnittmengen mit der sozialdemokratischen/sozialistischen Fraktion. Dennoch wehrte sich der ehemalige Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) im Rat gegen eine europaweit einheitliche Begrenzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden. Gerade die deutschen Abgeordneten dieser Fraktion sprechen sich ebenso wie die Grünen für ambitionierte Klimaziele aus. Dass dies jedoch reine Rhetorik bleibt, zeigt sich immer dann, wenn konkrete Gesetzgebungsverfahren anstehen. Bei der Regulierung der CO₂-Emissionen von Autos haben sich die Große Koalition und der damalige Umweltminister für eine Abschwächung des Kommissionsvorschlags stark gemacht. Viele meiner sozialdemokratischen Kollegen scheinen nicht wirklich daran zu glauben, dass der grüne Umbau unserer Wirtschaft auch noch Politik zur langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen und Wettbewerbsfähigkeit ist.

Auch mit der Linken-Fraktion stimmen wir in der Umwelt- und Sozialpolitik häufig überein. In einer äußerst wichtigen Frage unterscheiden wir uns jedoch sehr grundsätzlich: Wir Grüne sind überzeugte Europäerinnen und Europäer. Der Europaskeptizismus der Linken ist uns fremd und sorgt für großen Dissens. Ihre latente Europafeindlichkeit, die im Umfeld der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon wieder einmal deutlich zum Vorschein kam, ist uns unverständlich und wir kritisieren sie immer und immer wieder. Innerhalb der kommunistischen Parteien, die Abgeordnete in der Linken-Fraktion haben, gibt es viel altes Denken. Reformer innerhalb der Linken-Fraktion haben es immer wieder schwer.

Die Grünen wollen kein Europa, das den Neoliberalismus groß und soziale Rechte klein schreibt. Umweltziele und wirtschaftliche Entwicklung müssen in Einklang ge-

bracht werden. Der ökologische Umbau muss einhergehen mit der Angleichung und Verbesserung der sozialen Verhältnisse. In einer ökologisch und sozial erneuerten EU wird nicht nur das Klima geschützt, sondern auch das Recht aller Bürger auf Bildung, Arbeit zu fairen Bedingungen, Gesundheitsversorgung, Absicherung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit und gerechte und auskömmliche Renten verwirklicht. Auch das ist Teil des *Green New Deal*, für den die Grünen Parteien EU-weit eintreten. Die Krisenentwicklung der letzten zwei Jah-

re hat uns die großen Brüche zwischen den Mitgliedsstaaten der EU vor Augen geführt. Der Vertrag von Lissabon gibt uns im Parlament mehr Möglichkeiten, diese Brüche zu überwinden. Für die Linksfraktion geschieht das hier im Parlament immer in zu kleinen Schritten. Die Grünen stellen sich den Macht- und Kompetenzrealitäten anders: Wir sehen uns als die Kraft, die für die »große Transformation«, den ökologisch sozialen Umbau oft die ersten Schritte anschieben muss damit Umbauprozesse in Gang gesetzt oder unumkehrbar werden.

Jo Leinen

Klimapolitik als Weg aus der ökonomischen Krise

Die Europäische Politik ist in jüngster Zeit maßgeblich von Krisen bestimmt worden. Der sich verschärfende Klimawandel ruft in regelmäßigen Abständen alle Akteure auf den Plan, die Finanzkrise und die daraus resultierende Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise haben eine bisher nicht dagewesene Rettungsaktion für die europäischen Banken notwendig gemacht und schließlich hat die Schuldenkrise in Griechenland verdeutlicht, dass auf europäischer Ebene eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik notwendig ist.

Die Folgen dieser Krisen sind ernst und dürfen nicht unterschätzt werden. Genauso wenig aber dürfen auch die Chancen, die sich daraus ergeben, unterschätzt werden. Gerade das Zusammenkommen dieser Herausforderungen bietet die unverhoffte Möglichkeit, grundsätzlich über die Zusammenhänge von Umwelt-, Energie-, Sicherheits-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik nachzudenken. Die zentrale Frage für die Zukunft der EU wird sein: Wie können wir ein zukunftsfestes europäisches Wirtschaftsmodell aufbauen, das einen nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt garantiert und gleichzeitig ver-



Jo Leinen

(* 1948) MdEP, war bis 1994 Umweltminister im Saarland und ist jetzt u.a. Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen im Europäischen Parlament.

jo.leinen@europarl.europa.eu

hindert, dass kurzfristige wirtschaftliche Erwägungen die Arbeitsmärkte destabilisieren? Oder: wie schaffen wir es, dass der Klimaschutz und die Sicherung von Wohlstand für alle Hand in Hand gehen?

Die Zukunft gehört der kohlenstoffarmen Wirtschaft

Dass es unumgänglich sein wird, diesen Spagat zu schaffen, haben progressive Kräfte in Europa schon lange erkannt. Die Konzepte von grünem Wachstum und eines *Green New Deal* standen als unmittelbare Antwort auf die Wirtschaftskrise bereit. Da ist es schon bemerkenswert, dass erst im Juli 2010 drei konservative europäische Umwelt- und Energieminister einen offenen